

Während der Hamburger Senat den Neubau einer Oper auf dem Baakenhöft als Schenkung feiert, enthüllt die Debatte um die Finanzierung, dass die Stadt weit mehr als angenommen für das „Geschenk“ zahlt. Wecken die verschleierten Kosten Erinnerungen an ein altes Drama?

Im Februar klang die Nachricht aus dem Rathaus wie ein musikalischer Paukenschlag: Klaus-Michael Kühne schenkt seiner Heimatstadt eine neue Oper. Das ausgewählte Grundstück, ein attraktives Fleckchen Erde am Wasser, stellt die Stadt. Dazu kommen 147,5 Millionen Euro, und dann ist Schluss. So lautet die frohe Botschaft, verbreitet durch Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher: „*Auf dem Baakenhöft in der HafenCity soll ein neues Opernhaus von Weltrang entstehen. Der Senat hat dazu einen Vertrag mit der Kühne-Stiftung geschlossen... Mit der Zustimmung der Bürgerschaft werden seitens der Stadt alle wesentlichen Voraussetzungen für die Realisierung dieses besonderen Projekts erfüllt.*“

Doch zwei unscheinbare Worte in der ursprünglichen Pressemitteilung sind bemerkenswert: „zusätzlich“ und „außerdem“. Worte, die nun, wo der Senat konkret werden muss, das gesamte finanzielle Bild verändert. Denn die 147,5 Millionen Euro sind „nur“ für die Oper selbst, nicht für vorbereitende Arbeiten vorgesehen – genauer gesagt, für die „standortspezifischen Mehrkosten“ wie den nötigen Flutschutz.

Hinzu kommen nämlich, so die neue, unmissverständliche Rechnung, mindestens weitere 104 Millionen Euro für die Erschließungsarbeiten, die Freiflächen um das Gebäude und die Promenade. Aus einem „Geschenk“, das nur ein wenig finanzielle Unterstützung verlangt, wird plötzlich ein Deal, bei dem die Stadt vermutlich mit einer Viertelmilliarden Euro mitbaut. Kultursenator Dr. Carsten Brosda, der das Projekt als Chance für Hamburg preist, sieht dennoch in der Oper einen Ort für alle: „*Sie kann das Baakenhöft zu einem lebendigen Ort für alle machen.*“ Oper und alle?!? Auch Finanzsenator Dr. Andreas Dressel betont, dass die Kooperation ein „*finanziell verantwortungsvolles und zukunftsfähiges Arrangement*“ sei. Aber man kann die verschleierte Rhetorik auch anders lesen. Die schrittweise Veröffentlichung der Kosten ist keine unbekannte Taktik, die bei den Abgeordneten der Bürgerschaft Alarmglocken schrillen lassen sollte. Man darf durchaus fragen, ob und was Politik aus der Elbphilharmonie-Katastrophe gelernt hat. Projekte dieser Größenordnung können ohne volle Transparenz und Bürgerbeteiligung am Ende nicht nur finanziell explodieren, sondern auch das Vertrauen in die Verwaltung nachhaltig beschädigen. Während renommierte Architekturbüros wie *gmp international* und *Snøhetta* nun ihre

Entwürfe für das neue Opernhaus vorlegen und mit visuellen Entwürfen beeindrucken, bleibt dennoch die zentrale Frage bestehen: Ist es wirklich ein Geschenk, wenn es so teuer ist? Oder ist es ein Deal, der in Hinterzimmern ausgehandelt wurde? Ein Deal, bei dem Klaus-Michael Kühne sein Denkmal und der Hamburger Senat finanzielle Hilfe bekommt. Am Ende ist das Projekt ein komplexes Mosaik aus Kultur, Politik und Finanzen. Ein Drama in vier Akten?

Übrigens: Der Senat hat sich mit der Kühne-Stiftung auf den Vertrag zum Bau eines neuen Opernhauses in der HafenCity geeinigt. Es wird beklagt, in der Stadt gäbe es keine öffentliche Debatte über die Pläne. Dem will die Patriotische Gesellschaft abhelfen.

Am [REDACTED] findet im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft von 1765 ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Opernstiftung Hamburg Berthold Brinkmann, Kultursenator Carsten Brosda, dem Sprecher des Arbeitskreises Denkmalschutz der Patriotischen Gesellschaft Christian Kottmeier und der Präsidentin der Architektenkammer Karin Loosen zu diesem Thema statt. Matthias Iken vom Hamburger Abendblatt wird die Diskussion moderieren. Aus dem Publikum wird es Gelegenheit geben, mitzudiskutieren.

Mi., 1. Oktober 2025, 19 Uhr | Reimarus-Saal im Haus der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 6, 20457 Hamburg, Eintritt frei. Bitte melden Sie sich

[REDACTED] an.

